

Magistrat der Stadt Wien
Magistratsabteilung 64
Lerchenfelder Straße 4
A-1082 Wien
Tel.: (+43 1) 40 00-Dw
Fax: (+43 1) 40 00-99-89910
E-Mail: post@ma64.wien.gv.at
www.wien.at/ma64/

MA 64 - 4639/2012

Gaswirtschaftsgesetz;
Verordnung des Vorstandes der E-Control,
mit der die Anforderungen an intelligente
Messgeräte bestimmt werden (Intelligente
Gas-Messgeräte-AnforderungsVO 2012-
IGMA-VO 2012);
Stellungnahme

Wien, am 26.11.2012

Termin: 26.11.2012

Vorher zur Einsicht:
Herrn amtsführenden
Stadtrat für Wohnen,
Wohnbau und Stadt-
erneuerung:

26. NOV. 2012

F

Handwritten signature

29. NOV. 2012

Energie-Control Austria
igma@e-control.at

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu dem Entwurf der im Betreff näher bezeichneten Verordnung wird seitens des Landes Wien wie folgt Stellung genommen:

Generell wird angemerkt, dass gemäß der Chronologie des § 128 Gaswirtschaftsgesetz zunächst die Verordnung des BMWFJ zu erlassen gewesen wäre.

Zu § 3 Z 7 und 8:

In den Erläuterungen sind die Fußnoten insofern anzupassen, als es bereits einen aktuelleren Vorschlag zur Energieeffizienzrichtlinie gibt und sich die zitierte Eichvorschrift auf Elektrizitätszähler bezieht.

Zu § 3 Z 9:

Es wird empfohlen den Begriff „kundenbezogen“ zu streichen, zumal ein kundenbezogener und damit personenbezogener Schlüssel aus Gründen der Datensicherheit problematisch sein könnte.

Der europäische Datenschutzbeauftragte hat in seiner Stellungnahme zur Empfehlung der europäischen Kommission zur Vorbereitung für die Einführung intelligenter Messgeräte für die Strom- und Erdgasmärkte, C (2012) 1342 final, darauf hingewiesen, dass eine europaweite Einführung derartiger Systeme ein erhebliches (datenschutzrechtliches) Risiko mit sich bringt. Sie ermöglicht eine umfassende Erhebung personenbezogener Daten aus Haushalten, sodass letztlich genau verfolgt werden kann, was die Mitglieder eines Haushaltes in der Privatsphäre ihrer Wohnungen tun.

Vom europäischen Datenschutzbeauftragten wird insbesondere empfohlen:

- Genauere Hilfestellung bezüglich der Verarbeitung und der Wahlmöglichkeit für betroffene Personen
- Pflicht zur Anwendung von Technologien zum Schutz der Privatsphäre und anderer „bester verfügbarer Techniken“ für die Datenminimierung
- Orientierungshilfe bei den Aufbewahrungsfristen; grundsätzlich sollte die Speicherung differenzierter Verbrauchsdaten einzelner Haushalte nur bis zum Ablauf der Frist zulässig sein, innerhalb derer die Rechnung rechtmäßig angefochten oder der Anspruch auf Zahlung geltend gemacht werden kann, und nur so differenziert, wie es für die Gebührenabrechnung erforderlich ist (unbeschadet des Rechts des Verbrauchers auf eine längere Speicherfrist, in die er eingewilligt hat, beispielsweise für gezielte Beratung in Energiefragen)
- Information der betroffenen Personen über die Verarbeitung ihrer Daten
- eine umfassende Aufklärung über das Vorhandensein einer Fern- Ein- und Ausschaltung

Abschließend wird angemerkt, dass die Erlassung der Intelligente Gas-Messgeräte-Anforderungs-Verordnung 2012 durch den Vorstand der E-Control im Hinblick auf die höchstgerichtliche Judikatur im Zusammenhang mit der Erlassung von generellen